

5/1997

Koalition über Steuerreform einig:

Die erste Stufe tritt am 1. Januar 1998 in Kraft

Die Koalition ist entschlossen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Investitionen und Wachstum zu stärken, damit die hohe Arbeitslosigkeit zurückgeführt wird. Sie fordert Tarifparteien und Unternehmen auf, ebenfalls alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Beschäftigung zu steigern.

Eine wesentliche Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze ist eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Deshalb müssen die Vorschläge der Steuerreformkommission zügig umgesetzt werden. Die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuersätze werden auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt. Steuerschlupflöcher werden geschlossen, Steuerprivilegien abgebaut. Insgesamt sollen die Steuerzahler netto um bis zu 30 Mrd. DM entlastet werden.

Die Koalition begrüßt die termingerechte Vorlage des Referentenentwurfs zur ersten Stufe der Steuerreform

Ergebnisse des Koalitionsgesprächs am 18. Februar

durch Bundesfinanzminister Theo Waigel. Damit ist eine der Voraussetzungen für den Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens bis zur Sommerpause dieses Jahres geschaffen. Dies ist für ein Inkrafttreten zum

(Fortsetzung auf Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Arbeitsplätze

Gemeinsam handeln für die Arbeitslosen in Deutschland. Seite 4

● Hessen

„Das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat leidet“. Das Amtsverständnis des grünen Justizministers Plottnitz. Von Christian Wagner. Seite 8

● Landwirtschaft

Agrarbericht 1997: Insgesamt positiv trotz mancher Turbulenzen auf den Agrarmärkten. Seite 33

● Umweltschutz

Kurt-Dieter Grill: Weitere Maßnahmen zum Schutz von Nord- und Ostsee notwendig. Seite 36

● Filmförderung

Den deutschen Film als Kultur- und Wirtschaftsgut stärken. Die Eckpunkte der CDU zu einer verbesserten Filmförderung. Seite 38

● Öffentlichkeitsarbeit

Das Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil



Foto: vario-press

Als mutige und engagierte Familienpolitikerin hat Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Empfang im Konrad-Adenauer-Haus anlässlich ihres 60. Geburtstags die Bundestagspräsidentin und Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süssmuth, gewürdigt und dabei unterstrichen, daß der Name Süssmuth mit großen Reformen der 80er Jahre verbunden sei. Die CDU habe allen Grund, stolz auf diese Schritte wie z. B. die Einführung des Erziehungsgelds zu sein. Als Frauen- und Familienministerin habe sich Rita Süssmuth nicht nur mit den Problemen der Gleichberechtigung und der Familien befaßt, sondern auch die Schwierigkeiten der Alleinerziehenden in den Mittelpunkt gerückt.

Dabei habe sie auch mit Widerständen zu kämpfen gehabt. Helmut Kohl erinnerte in diesem Zusammenhang an die innerparteiliche Auseinandersetzung um die Einführung eines Frauenquorums für Ämter und Mandate in der CDU.

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und die stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union, Doris Pack MdEP, stellten in ihren Ansprachen die Verwirklichung der Gleichberechtigung als „Dreh- und Angelpunkt“ des Wirkens der Politikerin heraus, ihr Eintreten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ihr Werben für eine neue Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.

Alle Weichen auf Wachstum und Beschäftigung stellen

Generalsekretär Peter Hintze zu den Arbeitsmarktzahlen für Januar:

Die Januar-Zahlen 1997 sind ein unübersehbares Mahnzeichen. Die Wende am Arbeitsmarkt werden wir nur schaffen, wenn Tarifpartner und Politik alle Weichen auf Wachstum und Beschäftigung stellen.

- Wir müssen jetzt ohne Verzug die Gewerbesteuer abschaffen. Diese Maßnahme darf nicht länger am Veto der SPD im Bundesrat scheitern.
- Wir müssen rasch die Arbeitskosten senken. Dem dient die Reform der sozialen Sicherungssysteme.

● Wir müssen den Innovationsprozeß beschleunigen. Der Transfer von der Wissenschaft zur Praxis muß rascher vonstatten gehen.

● Staatsquote und Abgabenquote müssen gesenkt werden, um die Wachstumsdynamik zu stärken. Dem dient unsere Große Steuerreform.

Ich bin zuversichtlich, daß nach der anziehenden Konjunktur im Frühjahr auch der Arbeitsmarkt folgen wird. Langfristig gilt es, das Instrumentarium konsequent einzusetzen, das wir mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung zur Verfügung gestellt haben.

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Januar 1998 unabdingbar. Der Entwurf sieht vor, daß die unternehmensbezogenen Steuern und der Solidaritätszuschlag bereits ab 1. Januar 1998 gesenkt und so weitere Impulse für die Sicherung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze gesetzt werden.

Der Referentenentwurf der für 1999 geplanten zweiten Stufe der Steuerreform wird noch im März 1997 vorgelegt. Die Koalition strebt in den Gesprächen mit der SPD an, Teile der zweiten Stufe auf 1998 vorzuziehen. Hierbei müssen das Gesamtkonzept gewahrt und die Gegenfinanzierung gesichert bleiben.

Unabdingbar für verbesserte Standortbedingungen bleibt für die Koalition auch die längst überfällige Abschaffung der Gewerbesteuer, verbunden mit einer Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer.

Zusätzliche Investitionen sind der Schlüssel für mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Die Koalition spricht sich deshalb in der Haushaltspolitik für eine offensive Strategie aus, bei der sich Konsolidierungsanstrengungen und Wachstumsimpulse beschäftigungswirksam ergänzen.

Mit Blick auf die hohen Arbeitslosenzahlen erwartet die Koalition von der Opposition, daß diese endlich die vorliegenden Konsolidierungsvorschläge der Bundesregierung im Bundesrat mitträgt. Für 1996 und 1997 fehlen im Bundeshaushalt aufgrund der Blockade im Bundesrat bereits insgesamt 11 Mrd. DM.

Um beschäftigungsfördernde Investitionen auszuweiten, müssen öffentliche Konsumausgaben zurückgeführt werden. Unter dieser Voraussetzung können 1997 weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirksam werden. ■

Gemeinsam handeln für die Arbeitslosen in Deutschland

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung Ende Januar zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen aufgerufen sowie Arbeitgeber und Gewerkschaften aufgefordert, gemeinsam zu handeln. Es geht nun um die Solidarität derjenigen, die Arbeit haben, mit den Arbeitslosen. Hier müssen – wie im Bündnis für Arbeit am 23. Januar 1996 vereinbart – Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und die CDU-geführte Bundesregierung ihrer Verantwortung nachkommen.

1,8 Milliarden Überstunden im Jahr sind zuviel. Auch wenn Schwankungen zur betrieblichen Wirklichkeit gehören, liegt hier ein Potential für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ein anderes Handlungsfeld ist die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen. Wenn alle Wünsche zur Teilzeitarbeit in Deutschland unterstützt würden, könnten zwei Millionen Menschen Arbeit finden. Durch die Lockerung des Kündigungsschutzes ist – wie von den Arbeitgebern gefordert – ein Einstellungshemmnis beseitigt worden. Die erweiterten Möglichkeiten, befristet einzustellen, schaffen neue Spielräume für die Arbeitgeber. Nun müssen diese auch von den Arbeitgebern zügig für Neueinstellungen genutzt werden.

Zukunftsträchtige Beschäftigungsfelder

Wenn die Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert werden sollen, so müssen wir uns auf die Bereiche konzentrieren, in denen unsere Produkte und Dienstleistungen eine internationale Spitzenstellung einnehmen.

- Ein wichtiges Beschäftigungsfeld der Zukunft ist auch der Umweltschutz. Bereits heute sind über 950.000 Menschen im Umweltschutz beschäftigt. Bis zum Jahr 2000 können hier 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Dies zeigt: Die deutsche Vorreiterrolle im Umweltschutz zahlt sich auch am Arbeitsmarkt aus, deutsche Umweltschutztechnologie wird nicht nur in Deutschland angewendet, sondern in zunehmendem Maße auch exportiert.

- Das ungenutzte Potential für hauswirtschaftliche Beschäftigung wird auf bis zu eine Million Arbeitsplätze geschätzt. Allein im Pflegebereich können mit der Einführung der Pflegeversicherung bis zu 350.000 neue Arbeitsplätze in Pflegediensten geschaffen werden.

- Der Technologierat schätzt: Durch die Nutzung der Gentechnologie können mindestens 110.000 neue, zukunftsorientierte und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen.

- Neue Beschäftigungschancen eröffnet auch der Bereich der Informations-, Nachrichten- und Kommunikationstechnik. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß in diesem Bereich bis zum Jahr 2000 mindestens 180.000 neue Arbeitsplätze entstehen können.

Zur Lage am Arbeitsmarkt

Heute haben wir in den alten Bundesländern 1,9 Millionen Arbeitsplätze mehr als 1983. Diese Zahl hat nur deshalb nicht zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt, weil in den alten Bundesländern auch wesentlich mehr Menschen einen Arbeitsplatz suchen. Dabei müssen vor allem zwei Entwicklungen gesehen werden:

● Zum einen ist die Welle der Zuwanderung aus dem Ausland zu beachten. Allein in den fünf Jahren zwischen 1987 und 1992 kamen über vier Millionen Zuwanderer nach Deutschland, von denen nach den vorliegenden Erfahrungen jeder zweite einen Arbeitsplatz sucht. Die Zuwanderung in Deutschland ist mit 1,1 Millionen Menschen höher als im klassischen Einwanderungsland USA mit 720.000 Menschen.

● Zum anderen gehört dazu das veränderte Erwerbsverhalten, insbesondere die wachsende Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Die Zahl der Frauen, die erwerbstätig sein wollen, ist seit 1983 um rund zwei Millionen gestiegen.

Reformen für mehr Arbeitsplätze

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das Thema Nummer eins. Niedrigere Steuersätze sind die Voraussetzung für mehr Investitionen in Deutschland. Neue Arbeitsplätze entstehen nur durch Investitionen. Wir brauchen die Steuerreform, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Unser Tarif 2000 ist niedriger, einfacher und gerechter. Ab 1999 werden die Steuerzahler um 30 Milliarden Mark entlastet. Das stärkt die Kaufkraft und kurbelt die Wirtschaft an. Die Unternehmen stehen im internationalen

Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze wieder besser da.

Zur Stabilisierung der Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung bei den Beitragszahlern und angesichts des sich aufgrund der Globalisierung der Wirtschaft verschärfenden internationalen Wettbewerbs ist eine Begrenzung des Beitragsanstiegs in der gesetzlichen Rentenversicherung – wie er sich derzeit mittel- und langfristig abzeichnet – zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland unausweichlich.

Die zu erwartenden demographischen Veränderungen machen ein Umsteuern in allen Alterssicherungssystemen und damit auch in der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlich. Nun ist ein ausgewogenes Maßnahmenbündel erforderlich, das einerseits die Belastung der künftigen aktiven Generationen begrenzt, andererseits ein angemessenes lohn- und beitragsbezogenes Sicherungsniveau bei einer tragfähigen Beitrags- und Leistungsrelation sicherstellt. Hier ist ein Wettbewerb der Ideen erforderlich, dem sich die Opposition stellen muß.

Ziel der Steuer- und Rentenreform ist es, für mehr Arbeitsplätze zu sorgen. Gemeinsam Handeln für Deutschland heißt die Devise!

Verbraucherschutz bei Lebensmitteln

Über den Schutz der Verbraucher bei Lebensmitteln informiert eine neue Broschüre des Bundesministeriums für Gesundheit. Auf 60 Seiten beantwortet sie Fragen zu gentechnisch hergestellten Lebensmitteln, zu BSE, zu Rückständen und Schadstoffen in Lebensmitteln, zu Lebensmittelzusatzstoffen und anderen Themen. Auch Kosmetika, Bedarfsgegenstände und Tabakerzeugnisse werden behandelt. Das Heft enthält darüber hin-

aus den vollständigen Text des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes und viele Tips, wo man weitere Informationen zur Sicherheit und zum Umgang mit Lebensmitteln bekommen kann.

Die Broschüre mit dem Titel „Verbraucherschutz im – Lebensmittelrecht“ gibt es kostenlos beim Bundesministerium für Gesundheit, Broschürenstelle, 53108 Bonn, Fax: (02 28) 9 41-49 72.

Verwaltungsreform in Niedersachsen

Reformer unter Schröders Zensur

Nach der „unter Vorspiegelungen, die in der freien Wirtschaft als Konkursverschleppung gebrandmarkt würden“ (FAZ, 15. 2. 1997) gewonnenen Landtagswahl von 1994 stellte der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder die Aufgabe, die Landesverwaltung zu reformieren, in den Mittelpunkt der Legislaturperiode.

Zweieinhalb Jahre später liegt ein Ergebnis vor, bei dem das Versagen der Landesregierung für jedermann sichtbar wird. Verantwortlich dafür zeichnet Gerhard Schröder. Letzter Akt der gescheiterten Reform war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“, der neben vier Ministerialbeamten auch zwei unabhängige Sachverständige angehörten. Ihr Auftrag bestand darin, Vorschläge zu erarbeiten, von welchen staatlichen Aufgaben sich das Land Niedersachsen trennen könne.

Die beiden unabhängigen Fachleute in der Kommission sind nach der Vorlage der Ergebnisse zurückgetreten. Gerhard Schröder hatte die schonungslose Analyse und die Vorschläge zu Deregulierung und Aufgabenabbau des Staates abgelehnt. Die vorgelegten Resultate bezeichnete er als „politischen Quatsch“ (Handelsblatt, 11. 2. 1997). Ihre Veröffentlichung untersagte er mit Blick auf die in eineinhalb Jahren stattfindende Landtagswahl. Was hat Gerhard Schröder veranlaßt, sogar zur Zensur zu greifen?

Anstieg des Schuldenstands

Es war u. a. die Darstellung der finanziellen Auswirkungen bei Ausbleiben einer durchgreifenden Verwaltungsreform.

Wenn unter den bestehenden Rahmenbedingungen die geltende Finanzplanung der Regierung Schröder fortgeschrieben würde, hätte dies gemäß der Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ u. a. folgende Auswirkungen:

- Anstieg des Schuldenstands von derzeit 60 Mrd. DM auf 146 Mrd. DM im Jahr 2020
- Anstieg der Zinsausgaben von 3,9 Mrd. DM (1996) auf 8–10 Mrd. DM im Jahr 2020
- Anstieg der Personalkosten von 17 Mrd. DM auf 20 Mrd. DM im Jahr 2020
- Bindung von 70–75% des Haushalts für Zins- und Personalausgaben im Jahr 2020
- Kürzung der „sonstigen Ausgaben“ um 48% von 19 Mrd. DM auf 10 Mrd. DM im Jahr 2020. Über „sonstige Ausgaben“ werden die Sozialausgaben, die Ausgaben für Bildung und Kultur sowie die Polizei finanziert.

„Suchtmechanismus“

Unter dem Eindruck der Politik Gerhard Schröders gelangte die Arbeitsgruppe zu der Schlußfolgerung:

„Verschuldung gleicht einem ‚Suchtmechanismus‘, dem nur durch Entzug beizukommen ist. Ungehemmte Staatsverschuldung ist in ihren Folgewirkungen in hohem Maße unsozial. Wir leben auf Kosten unserer Kinder.“ (AG Aufgabenkritik, Kurzfassung der wesentlichen Ergebnisse, 21. 1. 1997)

Wie kraß der Widerspruch zwischen den Worten und Taten Gerhard Schröders ist,

Brüssel: Junge EVP gegründet

Auf dem Gründungskongreß der Jungen EVP vom 31. Januar bis 2. Februar haben sich 39 Jugendorganisationen aus allen Ländern der EU und zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas zu einer gemeinsamen Organisation zusammengefunden, die die EJCD als anerkannte Vereinigung der Europäischen Volkspartei ersetzen soll.

Die Gründung der Jungen EVP durch in der EJCD (Europäische Junge Christdemokraten) und DEMYC zusammengeschlossene Jugendorganisationen, ist das Ergebnis eines Prozesses der Zusammenarbeit, der während des letzten EVP-Kongresses im November 1995 in Madrid begonnen hat.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus jeweils vier Mitgliedern der Führungsspitze beider Organisationen (4+4), hat eine Erklärung zu Werten und Prinzipien sowie einen Satzungsent-

wurf ausgearbeitet, der in Brüssel verabschiedet wurde.

Das Präsidium setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident: Fredrik Reinfeldt, MP (MUF, Moderaterna-S),

1. Vize-Präsident: Winfried Weck (JU, CSU-D),

Generalsekretär: Walter Verbeke (CVPjo, CVP-B),

Stellvertretender Generalsekretär: Jan-Kees De Jager (CDYA, CDA-NL).

Die 9 Vizepräsidenten: Evarts Anosovs (KDJS, KDS-Lett), Mikokay Dowgieciewicz (MD-PL), Yannick Georges (JPSC, PSC-B), Joanne Harmon (YFG, FG-IRL), Martin Ledolter (JVP, ÖVP-A), Eva Mitsopolou (ONNED, ND-GR), Peter Stach (KDMS, KDS-SLO), André Støylen (UHL, Hoyre-N), Belen Urena (NN.GG., PP-S).

verdeutlicht z. B. seine Rede auf einem Kongreß der SPD am 4. 2. 1997 in Bonn. Dort forderte er „flache Hierarchien“ und „mehr Kundenfreundlichkeit“ im Staat. Der öffentliche Dienst sei „durch ein hohes Maß rechtlicher Vermachtung gekennzeichnet“. (Handelsblatt, 5. 2. 1997). Der Produktivitätsunterschied zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst sei „nicht mehr hinnehmbar“. (Neue Rhein-Zeitung, 5. 2. 1997). Es müßten laut Schröder in Ämtern zukünftig „weniger Menschen mehr Leistungen für den Bürger erbringen“. (Süddeutsche Zeitung, 5. 2. 1997) Vor einem Jahr hingegen ignorierte Schröder eine Fachstudie zur Personalkosten-

entwicklung in Niedersachsen. Sie sah einen Stellenabbau von mindestens 40.000 der 175.000 niedersächsischen Landesstellen bis zum Jahr 2020 als unumgänglich an, um den Anstieg der Pensionslasten zu bremsen und die Personalkostenquote an den Landesausgaben nicht weiter ansteigen zu lassen.

Fazit: Wenn Schröder Niedersachsen den Rücken kehrt, predigt er die Verwaltungsreform, die er im eigenen Land mit katastrophalen Folgen für die Landesfinanzen nicht umsetzt. Schröder scheut dabei nicht davor zurück, sich der Zensur zu bedienen, wenn die Gefahr entsteht, daß sein eigenes politisches Versagen öffentlich wird. ■

„Das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat leidet“

Das Amtsverständnis
des grünen Justizministers Plottnitz

Holger Börner, damaliger hessischer Ministerpräsident, wäre es 1985 nicht in den Sinn gekommen, in der ersten rot-grünen Koalition auf Länderebene ausgerechnet einem Grünen das Justizministerium zu überlassen. 10 Jahre später fand Hans Eichel nichts dabei, dem Koalitionspartner das Justizressort zuzugestehen und damit den Grünen-Politiker Rupert von Plottnitz zu beauftragen.

Der Ministerpräsident spielte den Vorgang beim Landesparteitag der SPD im Frühjahr 1995 mit den Worten herunter: „Wer Schlüsselressort so definiert, daß er damit die Schlüssel für die Gefängnisse an die Hand bekommt, dem sage ich in drei Teufels Namen, da hast du sie.“

Ungewöhnlich war die Ernennung Plottnitz' zum hessischen Justizminister nicht nur im Hinblick auf die Parteigeschichte der Grünen. Ungewöhnlich war die Ernennung auch im Hinblick auf die Person.

Eichel machte mit Plottnitz einen Mann zum Justizminister, der in erster Linie als früherer RAF-Anwalt und Vertrauensverteidiger des Terroristen Raspe von sich Reden gemacht hatte. Plottnitz war 1975 vom Oberlandesgericht Stuttgart auf Antrag der Bundesanwaltschaft wegen ungebührlichen Betragens vom Baader-Meinhof-Prozeß ausgeschlossen worden und hatte noch ein Jahrzehnt später das Gerichtsverfahren als „Bunkerjustiz“ und die rechtskräftig Verurteilten als „politische Gefangene“ bezeichnet.

Mit Plottnitz berief Eichel im übrigen auch einen Mann an die Spitze des Justizministeriums, dem die hessische Justizverwaltung unter Führung eines Sozialdemokraten noch Jahre zuvor die Befähigung aberkannt hatte, Gerichtsreferendare auszubilden. Unter all diesen Umständen versteht es sich fast von selbst, daß das Experiment „erster grüner Justizminister“ bundesweite Aufmerksamkeit fand. Plottnitz hat seither seine Klientel auch nicht enttäuscht.

● Kaum war er im April vergangenen Jahres im Amt, entrüstete Plottnitz sich

Von Dr. Christean Wagner

über den Einsatz von Brechmitteln bei mutmaßlichen Drogendealern. Mit aus ärztlicher Sicht unbedenklichen Substanzen wird dabei versucht, verschlucktes Beweismaterial wieder zutage zu bringen. Mit seinem Vorgehen, das den Verdächtigen eine mildere Behandlung zusichern sollte, erweckte der neue hessische Justizminister den Eindruck, als müsse er die Drogendealer vor polizeilicher Willkür schützen.

● Kurze Zeit später verlangte Plottnitz in einem Pressegespräch die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe für Mörder. Unter Berufung auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1977 behauptete er, sie sei nicht verfas-

sungskonform, weil weder mit dem Grundrecht der Menschenwürde noch mit den Prinzipien der Resozialisierung vereinbar. Der Minister sprach von einer „Mogelpackung“ und von „Rache- und Vergeltungsdenken“.

Gewagte Thesen

Unabhängig von der politischen Bewertung der ungewöhnlichen Initiative hat der Grünen-Politiker das Bundesverfassungsgericht völlig unzutreffend für seine gewagte These in Anspruch genommen. Das Gericht kommt unmißverständlich zu dem Schluß, daß die lebenslange Freiheitsstrafe für Mord sehr wohl mit dem Grundgesetz vereinbar ist und auch dem Resozialisierungsgedanken nicht widerspricht, der im übrigen nicht alleiniger Strafzweck sei. Die Freiheitsstrafe diene, so das Gericht, auch der Wiederherstellung der Rechtsordnung, dem Schuldausgleich und der Vergeltung für begangenes Unrecht; eine Auffassung, mit der sich Plottnitz offensichtlich schwertut.

Kaum einen Monat seiner bislang ein- und einhalb Jahre währenden Amtszeit ließ der Minister verstreichen, ohne mit Aufsehen erregenden rechtspolitischen Vorstößen aufzuwarten:

- Per Erlaß hält er die Staatsanwaltschaften an, Anklagen und Hauptverhandlungen zu vermeiden und auf Rechtsmittel zu verzichten.

- Er fordert, Drogen freizugeben und befürwortet den ungehinderten Verkauf von Haschisch in Apotheken.

- Nach seiner Ansicht sollten Ladendiebstähle und andere Delikte „entkriminalisiert“ werden.

Die Forderung nach Entkriminalisierung heißt dabei: Ein Delikt muß nur hinreichend weit verbreitet sein, seine Bekämpfung nur aussichtslos genug

erscheinen, um es zum „gesellschaftlichen Phänomen“ zu deklarieren und als Kavaliersdelikt abzutun. Damit wird aus jedem Ladendiebstahl eine bloße Ordnungswidrigkeit. Strafe und Strafmaß haben nach dieser Denkweise nichts mit Sühne oder Abschreckung zu tun. Rechtsbruch wird somit zu einer ausschließlich quantitativ zu beurteilenden Angelegenheit.

Darüber hinaus sollen

- HIV-infizierte Straftäter milder verurteilt und
- aidsranke Kriminelle von Haftstrafen verschont werden.
- Ausländer sollen als Schöffen über Deutsche zu Gericht sitzen dürfen und
- der Verfassungsschutz soll abgeschafft werden, wenn es nach dem Willen des hessischen Justizministers geht, dessen büroleitender Beamte sich in Arbeitskreisen „Grüner Strafgefangener“ mit rechtskräftig verurteilten Schwer- und Schwerstkriminellen in den Justizvollzugsanstalten gemein macht und Interna aus dem Ministerium und über Bedienstete ausplaudert.

„Klientel-Pflege“

Sucht man nach dem rot(-grün)en Faden, der die Vielzahl seiner Initiativen verbindet, dann drängt sich der Verdacht auf, daß hier der frühere Strafverteidiger agiert, dem es in erster Linie um bessere Bedingungen für jene geht, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind oder geraten könnten. „Was er tut, ist am besten mit ‚Klientel-Pflege‘ zu umschreiben“, hat eine große deutsche Tageszeitung vor wenigen Wochen festgestellt.

So kann es auch nicht verwundern, daß der Ideen- und Einfallsreichtum, mit dem Plottnitz in Sachen Rechtspolitik zu

brillieren versucht, in krassem Widerspruch zu jener Tatenlosigkeit steht, mit der er den wachsenden Problemen bei den Gerichten und im Strafvollzug begegnet. 18 Monate grüne Rechtspolitik haben die hessische Justiz gelähmt:

- Gefängnisse sind nicht sicher, Gerichte und Staatsanwaltschaften völlig überlastet, Strafkammern werden geschlossen.
- Straf- und Zivilgerichtsverfahren ziehen sich über viele Jahre hin.
- Verwaltungsgerichtsprozesse dauern allein in der ersten Instanz bis zu zwei Jahre.
- Grundbuchämter benötigen bis zu neun Monate, um z. B. bei Grundstückskäufen den neuen Eigentümer einzutragen.
- Wegen völliger Überlastung der Schreibdienste tippen inzwischen die Richter ihre Urteile selbst.
- Allein die bloße Vergabe von Aktenzeichen neuer Vorgänge nimmt eine Zeit von bis zu drei Monaten in Anspruch.
- Angeklagte Straftäter müssen gleich im Dutzend aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil nach Ablauf der Sechsmonatsfrist die Anklage nicht erstellt werden kann.

Einmaliger Vorgang

In einem in der hessischen Justizgeschichte einmaligen Vorgang haben sich die neun Präsidenten der Landgerichte, die Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Landesarbeitsgerichts und des Verwaltungsgerichtshofs mit einem dramatischen Appell an den Justizminister gewandt und Stellenabbau und Überstunden in der Gerichtsbarkeit beklagt. Die schlechte Ausstattung der Gerichte gefährdet in der Tat rechtsstaatliche Prinzipien. Das Echo aus dem Lager der Bündnisgrünen und ihres Justizministers fiel erwartungsgemäß hämisch aus.

Tatsächlich hat es Plottnitz in nur wenigen Monaten verstanden, weite Teile der Justiz gegen sich aufzubringen. Er fühlt sich offensichtlich nicht als Minister der Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbeamten, deren Dienstherr er ist. Er fühlt sich womöglich auch nicht als Minister der Bürger, die auf die Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft des Rechtsstaates vertrauen und nun mitansehen müssen, wie die Justiz in Hessen allmählich verkommt.

Je schwächer der Staat . . .

Trotz der jüngsten Vorkommnisse und des nachhaltigen Widerstands der Öffentlichkeit sieht Plottnitz keinen Grund, Straftäter, die wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern und wegen Vergewaltigung verurteilt sind, vom offenen Strafvollzug auszunehmen, selbst wenn für diese anschließende Sicherheitsverwahrung angeordnet wurde. Es bedurfte erst des massiven Drucks und der öffentlichen Empörung, bevor er reagierte und mit einem Erlaß wenigstens ausschloß, daß Kriminelle, die als Freigänger eine Straftat begehen, bei einer erneuten Verurteilung in den Genuß des offenen Strafvollzugs kommen dürfen.

Die Denkweise des hessischen Justizministers scheint von einem tiefen Mißtrauen gegenüber dem Staat und seinen Organen bestimmt zu sein. Das hat in seiner Vita und in der Geschichte seiner Partei offenkundige Tradition. Danach gilt der falsche Grundsatz: je schwächer der Staat – um so stärker die Rechte der Bürger. In dem Maße, in dem der Staat sich gegen Kriminelle wehrt, sieht Plottnitz offenbar die Bürgerfreiheiten bedroht.

Dieser erste grüne Justizminister der Republik hat bislang nicht dazu beigetragen, das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zu festigen und die Zuversicht in die Justiz fördern. Er hat Zweifel an dem

Anklagekammer in Sankt Gallen: Scientology ist keine Religion

Scientology ist nach einem Urteil der Anklagekammer des Schweizer Kantons Sankt Gallen keine Religion. Die Rechtsanwältin der Organisation, Gabriella Arn, sprach von einem „Fehlurteil“. „Ich werde empfehlen, das Verfahren vor dem Bundesgericht weiterzuführen“, sagte Arn. Das Bundesgericht in Lausanne ist die höchste Rechtsprechungsinstanz der Schweiz.

Hintergrund des Rechtsstreits ist die Klage eines Scientology-Mitglieds gegen eine Kritikerin der Organisation. Elsbeth Bates hatte sich im Mai 1995 vor einer Schulklasse negativ über Scientology geäußert. Das Scientology-Mitglied klagte daraufhin wegen Verletzung des Anti-Rassismus-Artikels 261 des Schweizer Strafgesetzbuches. Dieser Artikel verbietet seit Anfang 1995, Menschen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion öffentlich herabzusetzen oder zu diskriminieren. Nach Ansicht der Anklagekammer ist Scientology jedoch keine Religion und fällt deshalb nicht unter den Schutz des Anti-Rassismus-Gesetzes.

Das zuständige Bezirksamt hatte keinen Anlaß für eine Strafuntersuchung

gesehen. Der Scientologe legte daraufhin erfolglos bei der Staatsanwaltschaft Berufung ein und gelangte danach mit einer weiteren Beschwerde an die Anklagekammer.

Der Schulrat von Altstätten belegte Elsbeth Bates unterdessen mit einem Redeverbot.

Madeleine Albright: Scientology-Vergleich mit Judenverfolgung „geschmacklos“

Die neue amerikanische Außenministerin Madeleine Albright hat zu Beginn ihres Bonn-Besuchs die Rolle Deutschlands als „hoch geschätzter und sehr guter Verbündeter der USA“ hervorgehoben. Nach Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Klaus Kinkel sagte sie vor Journalisten, Differenzen wie die Frage des Umgangs mit der Scientology-Sekte ließen sich „in freundschaftlichem Geist lösen“. Die Außenministerin wies den von Scientologen benutzten Vergleich ihrer Behandlung in der Bundesrepublik mit der Judenverfolgung im Nazi-Deutschland als „geschmacklos“ zurück.

Grundsatz genährt, daß der Rechtsstaat den Bürger schützt, nicht den Gesetzesbrecher. Von einem Justizminister muß erwartet werden, daß er die innere Sicherheit als Bedingung der persönlichen Freiheit, nicht als ihre unmittelbare Bedrohung ansieht. Die Grünen wollten mit seiner Ernennung den Nachweis liefern, daß sie nicht länger auf die Ressorts Umwelt und Soziales be-

schränkt bleiben müssen, sondern auch für die sog. klassischen Ressorts Befähigung besitzen. Das ist ihnen mit der Berufung Plottnitz' schwerlich gelungen. Die Bürger sind verunsichert, und der Justizapparat ist verschreckt, während die SPD gute Miene macht. So wird Hessen Plottnitz wohl bis zur nächsten Landtagswahl im Frühjahr 1999 ertragen müssen. ■

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Panikmache auf dem Rücken der Jugendlichen

Die Lage bei den Lehrstellen ist ernst. Es wird in diesem Jahr noch schwieriger werden, den Ausgleich zu schaffen. Um so enttäuschender ist die Reaktion des DGB. Das billige Ritual der Zahlenspiele auf dem Ausbildungsmarkt wird jetzt bereits im Februar inszeniert.

Heute Zahlen über fehlende Lehrstellen am Ende des Ausbildungsjahres 1996/97 zu nennen – das ist unverantwortlich und reine Panikmache. Der „alte Hut“ des DGB – die Ausbildungsplatzabgabe – schafft keine einzige neue Lehrstelle. Die Betriebe kaufen sich frei, neue Bürokratien entstehen. Das ist der falsche Weg.

Verunsicherung der Jugendlichen und der Wirtschaft durch Krisengerede und nicht nachvollziehbare Zahlendiskussionen zerstören das Vertrauen in eine aktive und konstruktive Zusammenarbeit der Sozialpartner.

Das vergangene Ausbildungsjahr haben wir mit einer ausgeglichenen Bilanz zwischen Angebot und Nachfrage gerade

erst abgeschlossen. Auch das hatte der DGB noch vor einem Jahr für unmöglich gehalten.

In diesem Jahr brauchen wir einen Zuwachs von 13 000 Lehrstellen in Deutschland. Im letzten Jahr gab es erstmals wieder mehr betriebliche Lehrstellen. Der Stimmungsumschwung ist gelungen. Dieser Trend muß verstärkt werden. Alle Beteiligten müssen ihren Beitrag dazu leisten. In der Wirtschaft müssen die Chefetagen jetzt die Entscheidung für mehr Lehrstellen treffen, die Tarifpartner müssen Vorrang für Ausbildung vereinbaren, die Politik ihren Reformkurs in der beruflichen Bildung fortsetzen.

Wer im Glaushaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Der DGB muß endlich Bewegung zeigen: Bei den Lehrstelleneinbarungen in Tarifverhandlungen, bei den 2jährigen Berufen für die praktisch begabten Jugendlichen, bei der eigenen Ausbildungsbereitschaft. Der DGB stellt keinen einzigen Ausbildungsplatz zur Verfügung. Das ist ein Skandal.

Erwachsene Lehrlinge künftig mehr im Betrieb

Die Zustimmung des Bundesrates zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 31. Januar macht den Weg frei für neue Lehrstellen 1997. Mehr Betriebe werden sich bereitfinden, in diesem Jahr zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

70 Prozent aller Auszubildenden sind heute älter als 18 Jahre. Bislang standen sie wie jugendliche Lehrlinge aufgrund einer Ausnahmevorschrift im Jugendarbeitsschutzge-

setz den Betrieben nach dem Berufsschulunterricht nicht mehr zur Verfügung. Jetzt können über 400.000 Lehrlinge nachmittags wieder in die Ausbildungsstätte gehen. Zusammen mit einer flexibleren Organisation des Berufsschulunterrichts werden die Lehrlinge pro Jahr insgesamt 20 bis 30 Tage länger im Betrieb verbringen. Das wird eine Reihe von Betrieben, die bisher nicht ausbildeten, ermuntern, künftig Lehrstellen bereitzustellen. ■

Perspektiven der Aussiedlerpolitik der CDU

Grundsätze

1. Die Bundesrepublik Deutschland trägt gegenüber den Deutschen in Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine besondere moralische und rechtliche Verantwortung:

- Als Angehörige der deutschen Volksgruppe haben sie am längsten und schwersten unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs gelitten. Sie sind bis in die jüngere Vergangenheit unterdrückt worden, gerade weil sie Deutsche bleiben wollten. Ihr schweres Schicksal ist Teil der Geschichte unseres Volkes.

- Der Gesetzgeber hat der besonderen Situation dieser Deutschen durch Artikel 116 des Grundgesetzes Rechnung getragen: Als deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige können sie nach Deutschland aussiedeln, wenn sie dies wollen und die Voraussetzungen erfüllen.

2. Die Aussiedlerpolitik der CDU zielt darauf ab, ihnen eine freie Entscheidung darüber zu ermöglichen, ob sie in ihrer jetzigen Heimat verbleiben wollen oder nicht. Deshalb lautet das unveränderte Ziel unserer Aussiedlerpolitik:

- Hilfe bei der Schaffung gesicherter Lebens- und Zukunftsperspektiven für die Deutschen in Ost- und Südosteuropa durch Fördermaßnahmen, die mit den deutschen Volksgruppen vor Ort abgestimmt sind, sowie

- Aufnahme einer begrenzten Zahl von Spätaussiedlern im Rahmen eines geregelten, vom Herkunftsort aus betriebenen Aufnahmeverfahrens und ihre Integration in Deutschland.

Zu dieser Politik der CDU gibt es keine glaubwürdige und vernünftige Alternative.

Die Forderung der SPD, ein kollektives Kriegsfolgenschicksal für Rußlanddeutsche künftig nicht mehr anzuerkennen, ist unverantwortlich. Denn ihre Umsetzung würde dazu führen, daß sich die rechtliche

Beschluß des Bundesfachausschusses Innenpolitik

Situation der rußlanddeutschen Volksgruppe vor Ort verschlechtert. Zum zweiten ist die Forderung der SPD damit auch völlig kontraproduktiv: Viele Rußlanddeutsche, die bisher in ihrer gegenwärtigen Heimat bleiben wollten, werden durch die Parolen der SPD gerade zur schnellen Aussiedlung nach Deutschland gedrängt.

Maßnahmen

1. Die Maßnahmen zur Unterstützung in den Herkunftsgebieten und zur Aufnahme und Integration in Deutschland haben sich insgesamt bewährt. Trotz notwendiger Einsparungen ist der Kern dieser Leistungen geblieben.

2. Geringere Sprachkenntnisse bei den Rußlanddeutschen und ihr verstärkter Zuzug in einige Ballungsgebiete Deutschlands haben ihre Integration in der jüngsten Vergangenheit erschwert und die Akzeptanz in der Bevölkerung beeinträchtigt. Die CDU begrüßt es, daß die Bundesregierung auf diese Entwicklung unverzüglich reagiert hat durch

- Änderung des **Wohnortzuweisungsgesetzes**, die zu einer besseren Verteilung der Aussiedler geführt hat,
- eine breit angelegte **Sprachoffensive** mit vielen zusätzlichen Sprachkursen in den Herkunftsgebieten,
- **verstärkte Prüfung der gesetzlich vorgeschriebenen Sprachkenntnisse für Spätaussiedler schon vor der Ausreise.**

Der Bundesfachausschuß fordert die Bundesregierung auf, die eingeleiteten Maßnahmen konsequent umzusetzen. Denn Hauptschlüssel für die Bewahrung der kulturellen Identität und die erfolgreiche Integration der Spätaussiedler in Deutschland ist die Pflege und Beherrschung der deutschen Sprache.

Perspektiven

Der Rückgang der Aussiedlerzahlen und insbesondere der Aussiedlungsanträge seit längerer Zeit zeigt, daß die Deutschen verstärkt in ihrer jetzigen Heimat verbleiben. Die CDU fordert deshalb eine konsequente Fortsetzung und wenn möglich Ausweitung der eingeleiteten Hilfsmaßnahmen in den Herkunftsgebieten, vor allem zur Bewahrung bzw. Wiedergewinnung der kulturellen und sprachlichen Identität der deutschen Minderheiten. Mit diesen Hilfen wird ein friedliches Miteinander in diesen Ländern gefördert und ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedenspolitik geleistet.

Die Junge Union Hessen sucht zum alsbaldigen Dienstantritt eine(n)

Landesgeschäftsführer(in).

Die/der Stelleninhaber(in) ist vorrangig mit folgenden Aufgaben betraut:

- umfassende organisatorische Betreuung der Arbeit der Jungen Union Hessen einschließlich der Begleitung der Bildungsveranstaltungen sowie der Organisation der laufenden Arbeiten der Landesgeschäftsstelle.
- Erarbeitung und Zusammenstellung inhaltlicher Grundlagen für Veranstaltungen sowie für Veröffentlichungen und Informationsschriften.

Bewerber(innen) sollten den erfolgreichen Abschluß eines Hochschulstudiums nachweisen. Ehren- oder hauptamtliche Mitarbeit in der Jungen Union oder CDU ist Voraussetzung. Die Position erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und persönlicher Einsatzbereitschaft sowie die Wahrnehmung zahlreicher Abendtermine.

Die Vergütung erfolgt orientiert an BAT IVb.

Interessierte wenden sich bitte schriftlich mit den üblichen Bewerbungsunterlagen mit Eingang spätestens zum 7. April 1997 an:

**Alexander Rabold
Kurt-Schumacher-Ring 15 63486
Bruchköbel**

Zugleich müssen die bewährten Maßnahmen zu einer sozialverträglichen Aufnahme und Integration der Spätaussiedler in Deutschland fortgeführt und in ihrer Effizienz weiter verbessert werden. Nur so wird Deutschland seiner unverändert bestehenden Verantwortung für die zu uns kommenden Landsleute gerecht.

Mitarbeiten – Mitentscheiden –

Mitverantworten in der Kommune

Seniorenbüros und Seniorenvertretungen sind aus Städten und Gemeinden kaum noch wegzudenken. Sie sind längst zu wichtigen Faktoren in der Kommunalpolitik geworden. Die Seniorenbüros in vielen Städten und Gemeinden helfen, nachberufliche Tätigkeitsfelder zu finden, Talente von Senioren zu wecken und den Gemeinsinn in unserer Gesellschaft zu stärken. Die Seniorenvertretungen bzw. -beiräte sind immer häufiger Anlaufpunkt für die Sorgen und Nöte der älteren Generation.

Wie sieht die Zukunft von Seniorenbüros in Deutschland aus? Werden die Kommunen oder freien Träger

bereit sein, die künftige Finanzierung zu sichern? Wie können die Rechte von Seniorenvertretungen in den Kommunalverfassungen verankert werden? Sind ihre Kompetenzen bundeseinheitlich zu regeln?

Über diese und viele andere Fragen aktueller Kommunalpolitik soll auf einer Fachtagung mit namhaften Experten, Vertretern von Verbänden und Politikern diskutiert werden, zu der der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, nach Bad Honnef einlädt.

Die Veranstaltung findet am 6. März um 11.00 Uhr im Kurhaus statt.

Studieren mit Kind

In der Lebensplanung vieler junger Menschen ist heute der Wunsch, eine Familie zu gründen, genauso vorhanden wie der nach einer guten Ausbildung und dem beruflichen Weiterkommen. Bei Studierenden führt dies oft dazu, daß der Wunsch nach Kindern auf die Zeit nach dem Studienabschluß verschoben wird.

Sechs bis sieben Prozent der Studierenden verbinden allerdings heute schon Kindererziehung und Studium miteinander. Das ist nicht immer leicht. Um denen, die sich trotz der doppelten Belastung für ein Kind entscheiden, Hilfestellung zu geben, hat das Bundesfamilienmini-

sterium eine Broschüre herausgegeben, in der die gesetzlichen Leistungen und zusätzlichen Hilfsmöglichkeiten für junge Leute mit Kindern aufgezeigt werden.

Die Broschüre soll vor allem den jungen Eltern Mut machen zur Fortführung und zum Abschluß ihres Studiums und sie darin bestärken, daß Studium und Kindererziehung durchaus miteinander vereinbar sind.

Die Broschüre „Studieren mit Kind“ kann angefordert werden – bitte nur schriftlich – beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Broschürenstelle –, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn.

Heide Simonis soll „Haschisch“-Antrag zurückziehen!

Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin, Heide Simonis, sollte den Antrag für einen Modellversuch zum staatlichen Verkauf von Cannabisprodukten in Apotheken zurückziehen. Die Bürger sprechen sich mit übergroßer Mehrheit gegen den Haschischverkauf in Apotheken aus.

In einer Meinungsumfrage lehnten 64,8 Prozent der Schleswig-Holsteiner das Modellvorhaben ab. Diese Ablehnung zieht sich durch alle politischen Lager. Bemerkenswert ist, daß neben 75,8 Prozent der CDU-Wähler auch 56,9 Prozent der SPD-Wähler und sogar 46,2 Prozent der Grünen-Wähler gegen die Kieler Pläne votieren. Nur 24,2 Prozent der Befragten stimmten dem „Haschisch“-Projekt zu.

Über die Hälfte der jungen Menschen von 18 bis 39 Jahren und fast drei Viertel der über 40jährigen erteilen den rotgrünen Haschischplänen eine deutliche Absage.

Von Roland Sauer, Leiter des Gesprächskreises Drogen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Angesichts dieser wähler- und altersgruppenübergreifenden Ablehnung fordere ich Frau Simonis auf, den beim Berliner Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte eingereichten Antrag zurückzuziehen. Dem Land Schleswig-Holstein würde so eine Blamage erspart bleiben.

Sollte sich die rotgrüne Landesregierung weiter der Vernunft verschließen, gehe ich davon aus, daß das Bundesinstitut trotz des

Kieler Drogen-Aktionismus einen kühlen Kopf behält und das Vorhaben ablehnt.

Kiel könnte sich dann wieder auf die weit aus wichtigeren Inhalte einer verantwortungsbewußten Drogenpolitik konzentrieren: auf den Ausbau präventiver Maßnahmen, den Ausbau der Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeplätze und den entschlossenen Einsatz gegen die Dealer.

Vielleicht findet sich dann ja auch Zeit, die Landessozialministerin Moser einmal nach Schweden zu schicken, damit sie dort die Erfolge einer abstinenzorientierten Drogenpolitik studieren kann. Auf die Idee, gesundheitsschädigende Stoffe wie Haschisch in Apotheken abzugeben, käme dort niemand.

Information vor Ort

Trotz multimedialer Informationsmöglichkeiten informierte die Bundesregierung gemeinsam mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch 1996 wieder rund 100.000 Bürgerinnen und Bürger vor Ort: In Bonn und Berlin. Wie aus der Bilanz des Besucherdienstes des Bundespressesamtes für 1996 hervorgeht, fanden im Rahmen der Besuche von politisch Interessierten aus den Wahlkreisen der Abgeordneten sowie bei Fachtagungen mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen insgesamt 6.700 Informationsgespräche, Besuche und Besichtigungen im Bundestag, im Bundesrat und in den Bundesministerien statt.

Agrarbericht 1997

Insgesamt positiv trotz mancher Turbulenzen auf den Agrarmärkten

Ä Einkommenssituation 1995/96 verbessert

Im Wirtschaftsjahr 1995/96 (1. Juli 1995 bis 30. Juni 1996) haben sich die Einkommen in der deutschen Landwirtschaft insgesamt positiv entwickelt, und zwar trotz mancher Turbulenzen auf den Agrarmärkten. Der Gewinn der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Deutschland stieg um durchschnittlich **6,6 Prozent** auf 53.973 DM je Unternehmen.

Hinter den Durchschnittszahlen verbergen sich zum Teil große Unterschiede. Der Gewinnanstieg resultiert vor allen Dingen aus den höheren Erlösen der Betriebe mit Getreideanbau, Schweine- und Geflügelhaltung. Die Veredlungsbetriebe (Schweine, Geflügel) hatten mit 39 Prozent den größten Gewinnzuwachs. Dagegen mußten Rindfleisch- und Milchzeuger als Folge der BSE-Krise einen drastischen Rückgang des Rindfleischkonsums sowie sinkende Fleischpreise hinnehmen und blieben einkommensmäßig zurück. Der Gewinn der Futterbaubetriebe (Milch, Rinder) stieg nur um 1,9 Prozent an.

Die regionale Verteilung der Zuwächse spiegelt die Situation bei den einzelnen Produktionszweigen wieder. Die veredlungsstarken Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen lagen deutlich im Plus, ebenso die Regionen mit flächenstarken Marktfruchtbetrieben, wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, während der süddeutsche Raum (Bayern und Baden-Württemberg) mit seinem hohen Anteil an Futterbaubetrieben

nur geringfügig über dem Vorjahr liegende Gewinne erzielen konnte.

Beim Vergleich der Rechtsformen zeigt sich, daß die Personengesellschaften mit 49.940 DM je Arbeitskraft höhere Einkommen erzielten als die einzelnen Unternehmen mit 35.670 DM und die juristischen Personen (nur in den neuen Ländern) mit 38.645 DM. Das einkommensmäßig gute Abschneiden der Personenge-

Am 4. Februar hat Bundeslandwirtschaftsminister Wolfgang Borchert den Agrarbericht 1997 vorgelegt.

sellschaften macht deutlich, daß sich unternehmerischer Einsatz und Nutzung von Rationalisierungsreserven unter anderem durch Kooperation bezahlt machen.

Leider wird sich die positive Einkommensentwicklung im laufenden Wirtschaftsjahr 1996/97 in der Landwirtschaft nicht fortsetzen. Die Einkommen der Landwirte werden voraussichtlich niedriger als im Vorjahr sein. Zwar können Getreideerzeuger, Schweine- und Geflügelmäster noch mit etwas höheren Einnahmen rechnen, für Milchviehhalter und Rindermäster sind jedoch deutlich rückläufige Einkommen zu erwarten – nicht zuletzt wegen der BSE-Krise.

Strukturentwicklung in der Landwirtschaft

In Deutschland gab es 1996 rund 540.000 landwirtschaftliche Betriebe und damit 2,7

Prozent weniger als 1995. Durchschnittlich hatte ein Betrieb in Deutschland 132 Hektar Fläche. Im Westen hält der strukturelle Anpassungsprozeß unvermindert an. Die Betriebszahlen sind um rund 3 Prozent auf 509.100 Betriebe zurückgegangen. In den neuen Bundesländern dagegen hat sich der Prozeß der Umstrukturierung der Landwirtschaft konsolidiert. Die Zahl der Betriebe stieg noch einmal um 2 Prozent auf 30.800 an.

Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist ebenfalls weiter rückläufig: 1996 waren 1,35 Millionen Personen in der Landwirtschaft beschäftigt, 3,9 Prozent weniger als im Vorjahr.

Politische Schlußfolgerungen

Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft geht weit über den ausgewiesenen Beitrag am Sozialprodukt hinaus. Auch in Zukunft wird die CDU deshalb die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft

möglichst günstig gestalten, die Weiterentwicklung zu leistungsfähigen Betrieben unterstützen und die strukturelle Anpassung wirksam flankieren. Die CDU-geführte Bundesregierung trägt zum Beispiel mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung dazu bei, daß die deutsche Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

Wir halten an den bewährten Prinzipien des bäuerlichen Wirtschaftens fest:

- eigenverantwortliche Bewirtschaftung von Eigentums- oder Pachtflächen,
- breit gestreutes Eigentum an Grund und Boden,
- umweltverträgliche und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, kostengünstige Wirtschaftsweise,
- Bindung der Tierhaltung an den Boden und
- verantwortungsvoller Umgang mit landwirtschaftlichen Nutztieren.

Verunsicherung durch falsche Berichterstattung

Anlässlich der Berichterstattung des WDR über deutsches Tiermehl erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset:

Die Behauptung des WDR, deutsches Tiermehl könne BSE enthalten, ist unhaltbar: Der wissenschaftliche Direktor der Bundesanstalt für Fleischforschung, Dr. K. Hofmann, hat eindeutig klargestellt, daß seine Aussagen vom WDR völlig falsch wiedergegeben wurden. Der zitierte Ringversuch vor mehr als einem Jahr sei nicht an Tiermehlen, sondern zum Zweck der Bestimmung der Tierart bei Fleisch durchgeführt worden. Die Bundesanstalt habe keinerlei Hinweise, daß

Tiermehle in Deutschland nicht entsprechend den technischen Vorschriften erhitzt worden sind und werden.

Das in Deutschland praktizierte Verfahren garantiert mit Erhitzung auf 133 Grad Celsius, 20 Minuten Erhitzungsdauer und 3 bar Druck die Inaktivierung möglicher Erreger.

All diese Informationen standen dem WDR zur Verfügung. Wenn aus diesen Fakten eine solch grobe Falschmeldung entsteht, ist dies unverständlich und unverantwortlich, weil dadurch die Verunsicherung der Verbraucher noch vergrößert wird. Gerade bei einem solch sensiblen Thema ist fachlich fundierter Journalismus gefragt.

Wir unterstützen eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur und mit tier-schützgerechten Haltungsformen ihre vielfältigen Leistungen für die Bevölkerung erbringen kann.

Für die EU-Agrarpolitik fordern wir:

Die gemeinsame Agrarpolitik muß kontinuierlich weiterentwickelt werden. **Preis-ausgleichszahlungen** müssen als ein zentrales Element der Agrarreform von 1992 auch in Zukunft verlässlich sein. Die von der EU-Kommission im vergangenen Jahr angestrebte Kürzung der Ausgleichszahlungen, um die Entlastungsmaßnahmen im Rindfleischbereich finanzieren zu können, konnten verhindert werden – ein Verhandlungserfolg von Bundeslandwirtschaftsminister Borchert. Auch in Zukunft dürfen festverankerte Ausgleichsleistungen nicht beliebig verschoben oder zur Disposition gestellt werden.

In schwierigen Bereichen, wie der Milchviehhaltung und Rindermast, gibt es Handlungsbedarf. Unstrittig ist, daß die **Rindfleischerzeuger** die schwierige Situation in der Rinderhaltung als Folge der von ihnen nicht verschuldeten BSE-Krise nur mit staatlicher Unterstützung meistern können. Unstrittig ist aber auch, daß dauerhaft weniger Rindfleisch erzeugt werden muß. Dazu müssen alle Mitgliedstaaten in gleicher Weise beitragen. Neben kurz- und mittelfristig wirkenden Maßnahmen zur Marktentlastung und Vertrauensbildung – hier sind vor allen Dingen die Länder gefordert, für eine lückenlose Kontrolle zu sorgen – muß der Rindfleischmarkt langfristig neugestaltet werden.

Auch im **Milchbereich** müssen Entlastungsschritte erfolgen, um die Überschüsse in der EU zurückzuführen und die Erlöse der Milchviehbetriebe zu stabilisieren. Vorrangiges Ziel ist es, mit aller Konsequenz dafür einzutreten, daß die EG-Kommission ihre Preisdruckpolitik zugunsten einer verantwortlichen Erstattungs- und

**Tiertransport-Verordnung
endgültig verabschiedet**

Der Bundesrat hat am 31. Januar der Tierschutztransportverordnung zugestimmt, die Bundesminister Borchert vorgelegt hatte. Hiermit wurden weitere Ziele zur EG-weiten Verbesserung des Tierschutzes erreicht.

Mit der Verordnung werden alle Transporte von Schlachttieren in Deutschland in normalen Fahrzeugen auf acht Stunden begrenzt. Danach dürfen solche Tiertransporte nicht fortgesetzt werden. Innerhalb der Europäischen Union wird der Transport von Nutztieren (Einhufer, Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen) auf Straße, Schiene und Seeweg ebenfalls grundsätzlich auf acht Stunden begrenzt. Anschließend müssen die Tiere entladen, gefüttert und getränkt werden. Eine Fortsetzung des Transports ist dann erst nach einer Ruhepause von mindestens 24 Stunden zulässig.

Beihilfepolitik aufgibt. Denn die Marktstützungsmaßnahmen bestimmen wesentlich den Binnenmarktpreis bei Milch und Milchprodukten. Die Garantiemengenregelung Milch muß EU-weit konsequent als Instrument der Mengensteuerung eingesetzt werden, um vernünftige Milchauszahlungspreise zu ermöglichen. Nicht zuletzt muß die Molkereiwirtschaft ihre strukturellen Defizite abbauen und die Angebotspalette an Milchprodukten bündeln, um der großen Marktmacht des Handels Paroli bieten zu können.

Die Quotenregelung muß schließlich so ausgestaltet werden, daß die Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftenden Milcherzeuger gestärkt wird. Dazu muß unter anderem der Zugang zu Milchquoten für aufstockungswillige Betriebe erleichtert werden. ■

Weitere Maßnahmen zum Schutz von Nord- und Ostsee notwendig

Zum Schutz von Nord- und Ostsee durch Schiffsöleentsorgung in Seehäfen und Schutz für Öltankerunfällen erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages, Kurt-Dieter Grill:

Durch weitere nationale, europäische und internationale Maßnahmen muß dafür gesorgt werden, daß die Ökosysteme von Nord- und Ostsee mehr als bisher geschützt und gesichert werden. Öleinleitungen durch illegale Schiffsöleentsorgungen sind kriminelle Akte.

Durch das Bemühen der Bundesregierung auf der 4. Internationalen Nordsee-Schutzkonferenz ist es gelungen, eine gemeinsame Initiative der Nordseeanrainerstaaten zur Schaffung eines Sondergebietes Nordsee für ölhaltige Schiffsabfälle zu erreichen. Die Erhöhung der jährlichen Luftüberwachungsstunden von 1000 auf 1600, besonders bei den Hauptschiffahrtsrouten, bedeutet eine wichtige Verstärkung der Kontrolle. Illegale Öleinleitungen können mit Geldbußen bis zu 100 000 DM bestraft werden und sind beispielhaft für die Intensivierung des Schutzes von Nord- und Ostsee. Weitere eingeleitete bzw. bereits beschlossene Maßnahmen im Gesamtkonzept zum Schutz unserer Meere gegen Ölverschmutzung sind:

- Schaffung einer „Küstenwache“ der Vollzugskräfte des Bundes mit zur Zeit 28 Seefahrzeugen, 7 Hubschraubern des BGS und zwei Flugzeugen unter Beteiligung der Küstenländer an dieser Einsatzkoordination.
- Überwachungs koordinierung mit Dänemark und den Niederlanden mit dem Ziel einer Zusammenarbeit aller Nord- und Ostseestaaten bei der Prävention von ille-

galen Öleinleitungen und der Bekämpfung von Ölverschmutzungen.

- Unterrichtspflicht der EU-Mitgliedstaaten über fremdflagge Substandard-schiffe entsprechend der Hafenstaatkontrollrichtlinie der EU vom 19. Juni 1995, so daß damit die „schwarzen Listen“ faktisch gegeben sind. Mit dieser Richtlinie sind vereinheitlichte Regeln für Überprüfungen und Kriterien u. a. für das Festhalten von Schiffen oder für gründliche Überprüfungen, z. B. von alten Öltankern, verbunden.

Schärfere Kontrollen

- Weitere Verbesserung der Sicherheitskontrollen für Personen und Sachen auf Schiffen mit internationaler Wirkung ab 1. Februar 1997.
- Sicherstellung der Revierlotsenverordnung in kritischen Gewässern, die selbstverständlich auch für Tankschiffe gilt.
- Verbindliche Benutzung des küstenfernen Verkehrswegsystems in der südlichen Nordsee vom Ostausgang des Englischen Kanals bis in die Deutsche Bucht für beladene Öl- und Gastanker ab 10 000 BRT und für Chemikalientanker ab 5 000 BRT ab dem 2. Juni 1997. In den Nationalparks Wattenmeer findet kein Tankerverkehr mehr statt. In der Deutschen Bucht stehen zwei Notfallschlepper mit 189 t bzw. 110 t Pfahlzug zur Verfügung.
- Erhöhung der Höchstsummen nach dem Internationalen Haftungs- und Entschädigungssystem für Bekämpfung- und Beseitigungsmaßnahmen bei Ölunfällen und ggf. bei illegalen Einleitungen auf derzeit 297 Mio. DM (seit Mai 1996) und in einem zweiten Schritt auf 440 Mio. DM.

Hearing über Ecstasy am 19. März in Bonn

Immer mehr Jugendliche schrecken nicht davor zurück, Ecstasy zu konsumieren. In den letzten drei Jahren hat sich der Anteil der Ecstasy-Erstkonsumenten um 46,7 Prozent erhöht. Dieser Zuwachs steht in engem Zusammenhang zu Musikerlebnissen (Techno, House), die mit der Einnahme von Ecstasy zu einer „Verzauberung“ des stressigen Alltags führen können. Und genau hier liegt der Wandel des Rauschgiftkonsums: Nicht mehr betäubende Drogen spielen eine Rolle, sondern die aufputschenden Amphetamine entwickeln sich zu Drogen der Zukunft.

Macht Ecstasy süchtig? Was für Nebenwirkungen treten auf? Was kann die Jugendarbeit leisten? Welche politischen Einflußmöglichkeiten

können angeführt werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt eines Hearings, das der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. in Zusammenarbeit mit Frischluft Bonn durchführt.

Wissenschaftler, Pädagogen und Politiker werden über das Thema Ecstasy diskutieren, Präventionsmaßnahmen aufzeigen und politische Einflußmöglichkeiten nennen. Das Hearing findet in Bonn im Haus der Jugend, Reuterstr. 100, statt und beginnt um 13.45 Uhr.

Nähere Informationen, Programme und Einladungen sind zu erhalten bei:

**Frischluft e. V.,
Annaberger Str. 283,
53175 Bonn, Tel. (02 28) 31 00 23,
Fax (02 28) 31 47 03.**

Über die Vielzahl der von der Bundesregierung bereits ergriffenen Maßnahmen hinaus halte ich ein weiteres Vorgehen in folgenden Punkten für notwendig:

- 1.** Die im Rahmen des Helsinki-Abkommens eingesetzte Arbeitsgruppe zur Einführung des „No-special-Fee-System“ als Grundlage für die Finanzierung der Ölent-sorgung im gesamten Ostseeraum und im Bereich der Nordsee sollte ihre Gespräche forcieren.
- 2.** Die nationale Bund-Küstenländer-Arbeitsgruppe, die u. a. eine Umsetzung des Ostseemodells zur Ölent-sorgung auf die Nordsee untersucht, sollte ihre Arbeit auch auf die Umsetzung internationaler Maßnahmen auf deutsche Häfen mit der Vorgabe untersuchen, daß die Wettbewerbsfähigkeit

nicht beeinträchtigt wird. Eine nochmalige finanzielle Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Schiffsentsorgung kommt nach Abschluß des Demonstrationsvorhabens „Kostenlose Schiffsentsorgung“ Mitte 1991 aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Betracht.

3. Als ein erster vordringlicher Schritt sollte die Schaffung eines harmonisierten Gebührensystems in den Häfen von Nord- und Ostsee angestrebt werden.

4. Die Lebensdauer von 25 Jahren für Öltankerschiffe (Einhüllenschiffe), die vor 1982 abgeliefert wurden, soll bis zum Jahr 2000 verkürzt werden, um zu einer früheren Einführung der Doppelhüllentanker zu kommen. ■

Den deutschen Film als Kultur- und Wirtschaftsgut stärken

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik und Leiter der Arbeitsgruppe Film der CDU, der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann, hat Anfang Januar in Bonn das Eckpunktepapier der CDU zur Filmförderung vorgestellt:

Die im Rahmen des Filmförderungsgesetzes verankerte Filmförderung endet 1998. Die aufgetretenen Probleme bei der Erhebung dieser Abgabe sowie die generellen Erfahrungen mit dem Gesetz erfordern rechtzeitig neue Vorschläge. Das Gesetz, das zuletzt 1992 novelliert wurde, muß unter Berücksichtigung der weitreichenden Veränderungen der Kino- und Fernsehlandschaft in Deutschland grundlegend reformiert werden. Der Bundesfachausschuß der CDU hat nach intensiven Beratungen mit den Betroffenen nun ein Eckpunktepapier zur Filmförderung beschlossen.

Darin setzt sich die CDU dafür ein, den Medienstandort Deutschland durch die Förderung leistungsfähiger Strukturen für die Film- und Fernsehwirtschaft zu stärken. Jeder, der gewerbsmäßig mit dem Wirtschaftsgut Film arbeitet und es nutzt, hat zu seinem Erhalt beizutragen und sich an der Filmförderung zu beteiligen.

Im Eckpunktepapier werden u.a. folgende Forderungen aufgestellt:

- Die Filmförderrichtlinien von Bund und Ländern müssen harmonisiert werden. Bund und Länder müssen ihre Arbeit besser koordinieren. Über 20 verschiedene Förderinstrumentarien sind schlicht zu viel und nicht mehr überschaubar. Sie stellen ein erhebliches Hindernis beim Aufbau ei-

ner international konkurrenzfähigen Filmwirtschaft dar.

- Die Filmförderungsanstalt muß modernisiert und zu einer effektiven Dienstleistungszentrale umstrukturiert werden. Dazu gehören: Verschlinkung der bürokratischen Strukturen, Stärkung des Vorstands, Vereinfachung von Antragstellung und sonstigen administrativen Abläufen, weniger Reglementierung, flexiblere Fördermaßnahmen, Übernahme von Serviceaufgaben.

- Die Filmförderung muß wirtschaftlicher ausgerichtet werden. Dazu sollte sich die Förderung auf weniger Produktionen konzentrieren. Fördergelder dürfen nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ vergeben werden. Um einen Abbau der „Subventionsmentalität“ zu erreichen, sollten bei der wirtschaftlichen Filmförderung die Vermarktungschancen eines Films grundsätzlich durch die Vorlage eines Verleihvertrages nachgewiesen werden. Wichtig ist auch ein angemessener Eigenanteil des Produzenten, um von vornherein einen Anreiz für mehr Wirtschaftlichkeit zu schaffen.

- Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Filmproduzenten muß verbessert werden. Eine funktionsfähige, unabhängige Produktionsindustrie muß angemessen am Finanzrückfluß beteiligt werden, der durch Abspielen eines Films in Kino, Video und Fernsehen entsteht. Die CDU fordert daher, daß in den Förderrichtlinien ein Rechterückfall zugunsten der Produzenten zwingend festgelegt wird, so daß der Produzent die Verwertungsrechte nach einer bestimmten Lizenzzeit vom auftraggebenden Sender zurückerhält.

Die Eckpunkte der CDU zu einer verbesserten Filmförderung

1. Film als Kultur- und Wirtschaftsgut stärken

Der Film ist ein wichtiges Kultur- und Wirtschaftsgut. Wir können in Deutschland auf eine erfolgreiche Filmtradition zurückblicken. Deutschland muß Filmproduktionsstandort bleiben und braucht eine funktionsfähige Filmwirtschaft.

Unser Ziel ist die Stärkung des Medienstandortes Deutschland durch die Förderung leistungsfähiger Strukturen für die Film- und Fernsehbranche insgesamt. Die CDU tritt ein für die Entwicklung eines Programm-Marktes, der im Wettbewerb der Zukunft auch international erfolgreich bestehen kann. Der Film ist als wichtiger Kultur- und Wirtschaftsfaktor wesentlicher Teil dieses Programm-Marktes. Seine Bedeutung steigt angesichts neuer Vertriebswege, neuer Kommunikationstechniken, neuer Auswertungsmöglichkeiten und einer Vielfachung der Programmangebote.

Die CDU setzt sich daher für die Schaffung von Rahmenbedingungen ein, die den Aufwärtstrend deutscher Spielfilmproduktionen weiter verbessern.

2. Öffentliche Filmförderung stabilisieren

Die öffentliche Filmförderung in Deutschland beruht auf zwei Säulen:

- der wirtschaftlichen und kulturellen Filmförderung des Bundes,
- den Filmförderprogrammen in mehreren Bundesländern.

Die CDU tritt für eine noch engere Zusammenarbeit der verschiedenen Fördereinrichtungen von Bund und Ländern sowie für eine Harmonisierung ihrer Förderrichtlinien ein. Ziel ist eine wechselseitige Ergänzung und Unterstützung.

Darüber hinaus tragen auch die Kino- und Videowirtschaft, die öffentlich-rechtlichen sowie die privaten Fernsehveranstalter u. a. durch finanzielle Abgaben zur Förderung des deutschen Films bei.

3. Filmförderungsgesetz novellieren

Die CDU will das Filmförderungsgesetz (FFG) mit folgenden Zielen novellieren:

- Stärkung der Wettbewerbschancen deutscher Spielfilme,
- Verbesserung der Qualität des deutschen Films,
- Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Produzenten,
- Festigung der mittelständischen Filmtheaterstruktur,
- Förderung der deutschen Position auf den internationalen Programm-Märkten der Zukunft.

4. Filmförderungsanstalt reformieren

Deutschland braucht eine nationale Filmförderung, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Filmwirtschaft auf dem internationalen Markt zu sichern. Die Filmförderungsanstalt (FFA) ist die einzige wirtschaftliche Filmfördereinrichtung auf überregionaler Ebene; nur sie kann damit verbundene spezifische Aufgaben übernehmen. Im Gegensatz zu den Filmfördereinrichtungen der Länder ist sie unabhängig von regionalen standortpolitischen Erwägungen.

Die CDU will allerdings die FFA unter Berücksichtigung der geänderten Bedingungen des audiovisuellen Marktes reformieren und zu einer modernen

Dienstleistungszentrale umstrukturieren.

Dazu gehören:

- Verschlankeung der Gremienstruktur, Stärkung des Vorstands, Einbeziehung des Sachverständigen von Fernsehsendern und Videowirtschaft,
- Überprüfung der Rechtsform,
- Vereinfachung von Antragstellung, administrativen Abläufen, Fristen und Genehmigungsverfahren,
- weniger Reglementierung, stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der neuen Medienmärkte,
- Übernahme von Serviceaufgaben (Beratung und Unterstützung bei Werbung und Marketing, Export und Vertrieb, Aus- und Weiterbildung).

Kino- und Videowirtschaft, die öffentlich-rechtlichen und die privaten Fernsehveranstalter, d. h. jeder, der gewerbsmäßig mit dem Wirtschaftsgut Film arbeitet und es nutzt, hat zu seinem Erhalt beizutragen und sich an der Finanzierung der FFA zu beteiligen. Die Beiträge für die FFA aus den genannten Bereichen müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Die kontinuierliche Finanzierung der FFA ist sicherzustellen.

5. Richtlinien der Länder harmonisieren

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Förderrichtlinien der Bundesländer weiter harmonisiert werden, insbesondere im Hinblick auf:

- die Vereinfachung von Antragstellung, administrativen Abläufen, Fristen und Genehmigungsverfahren,
- die einheitliche Definition der Begriffe: Eigenanteil, Eigenmittel, Eigenleistung,
- die Mindesthöhe von Eigenanteil, Eigenmittel und Eigenleistung,
- die Definition und Höhe des sog. Ländereffektes.

Das Interesse der Länder, die Fördermittel der eigenen Filmwirtschaft zugute kommen zu lassen (Ländereffekt), ist legitim, da es sich weitgehend um Steuer-gelder des jeweiligen Bundeslandes handelt. Da große Filme jedoch in der Regel die Kumulation von Fördergeldern aus mehreren Einrichtungen benötigen, sollte es zu einer pragmatischen Auslegung des Ländereffektes kommen, d. h. Ländereffekte werden zwischen den jeweiligen Fördereinrichtungen ausgeglichen und verrechnet. Dies sollte nach einem geregelten Ausgleichsmechanismus gehandhabt werden.

6. Förderung wirtschaftlicher ausrichten

Aufgrund der geänderten Marktbedingungen verliert die Trennung zwischen Kino- und Fernsehfilmprojekten zunehmend an Schärfe; beide sind Teil einer Verwertungskette im Bereich von Kino, Video und Fernsehen. Die Fernsehsender leisten durch steigende Auftragsproduktionen einen wichtigen filmwirtschaftlichen Beitrag. Sie sind leistungsfähige Partner der deutschen Filmwirtschaft und tragen eine wesentliche Investitionslast bei deutschen Filmproduktionen.

Gleichwohl ist der Kinofilm aufgrund seiner Ästhetik und Dramaturgie als Kulturgut in besonderem Maße förderungswürdig.

Die CDU tritt dafür ein, daß sich die wirtschaftliche Filmförderung auf weniger Produktionen konzentriert. Gefördert werden sollten nur solche Produktionen, bei denen konkrete Vermarktungschancen nachgewiesen werden können. Zur wirtschaftlichen Filmförderung gehört auch die Förderung von Projektentwicklung/Preproduction, Marketing, Export und Vertrieb. Nachwuchs- und Drehbuchförderung sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Fördergelder sollten vermehrt als bedingt rückzahlbare Darlehen ausgegeben werden, um einen Abbau der „Subventionsmentalität“ zu erreichen. „Verlorene Zuschüsse“ sind nur bei rein kultureller Förderung und bei Nachwuchsförderung vertretbar. Bei der Novellierung des FFG ist zu prüfen, ob die Referenzfilmförderung im Hinblick auf ihre Ergebnisse in der jetzigen Form beibehalten werden kann.

Bei der Förderung des Bundesministeriums des Innern muß der kulturelle Rang im Vordergrund stehen, aber auch die Vermarktungschancen sind als Kriterium einzubeziehen. Die Förderung von Dokumentar-, Kurz- und Kinderfilmen gehört dazu.

7. Position der Produzenten verbessern

Deutschland braucht starke Produzenten als Garanten einer unabhängigen Filmwirtschaft. Im Produktions- und Vertriebsgeschäft können auf Dauer nur Firmen mit einer gesunden Kapitalbasis bestehen. Kino- und Fernsehfilmproduzenten haben in Deutschland auch deshalb eine schwache Stellung, weil die Rechte meist an den auftraggebenden Fernsehsender fallen. Eine funktionsfähige, unabhängige Produktionsindustrie braucht einen Rechkatalog, der eine eigenständige Verwertung ihrer Produktionen ermöglicht und sie angemessen am Finanzrückfluß, der durch Abspielen und Wiederabspielen entsteht, beteiligt.

Die CDU fordert deshalb, daß in den Förderrichtlinien ein Rechterückfall zu-

gunsten des Produzenten nach einer bestimmten Lizenzzeit festgelegt wird. Nach dieser Zeit müssen die Verwertungsrechte vom auftraggebenden Sender an das Produktionsunternehmen zurückfallen.

Zum Nachweis von Vermarktungschancen sollte der Produzent grundsätzlich einen Verleihvertrag vorlegen und zudem nachweisen, daß sich ein Verleiher mit einer Minimumgarantie in bestimmter Höhe an der Finanzierung des Films beteiligt. Der Produzent sollte bei seinen Produktionen einen angemessenen Eigenanteil erbringen. Nur unter diesen Voraussetzungen sollte eine Förderung erfolgen.

8. Kapitalbasis erweitern

Die Möglichkeit für private Investoren, sich an der Produktion durch Einbringung von Risikokapital zu beteiligen, sind durch die Schaffung steuerlicher Anreize zu verbessern, um den Produktionsstandort Deutschland zu optimieren.

9. Stärkung der Repräsentanz der deutschen Film- und Fernsehwirtschaft

Zur besseren Wahrnehmung der Interessen der deutschen Film- und Fernsehwirtschaft im europäischen und internationalen Bereich fordert die CDU eine Verstärkung der Koordination und Repräsentanz seitens des Bundes – unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeit von Bund und Ländern.

(Beschlossen auf der Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU im Dez. 1996)

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Trauer um Irma Blohm

Am 29. Januar verstarb die ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Irma Blohm, im Alter von 87 Jahren in ihrer Heimatstadt Hamburg.

Mit Irma Blohm verliert die Frauen-Union – nur wenige Wochen nach dem Tode von Aenne Brauksiepe – eine weitere profilierte „Frau der ersten Stunde“. Tief verwurzelt in der Frauen-Union, hat Irma Blohm sich in ihrer gesamten politischen Arbeit in der Hamburger Bürgerschaft, in vielen Aus-



Irma Blohm war eine kraftvolle, kämpferische Frau an der Seite von Helga Wex. Gemeinsam haben sie in den siebziger Jahren den Grundstein für das Partnerschaftskonzept der CDU gelegt, das der

Essener Parteitag 1985 programmatisch verabschiedet hat. Viele Probleme der Frauen kannte Irma Blohm aus eigener Anschauung. Sie wußte um die Schwierigkeiten, Familie, Beruf, soziales und politisches Engagement miteinander zu vereinbaren.

In ihrer Trauerrede schilderte Ursula Benedix-Engler, ebenfalls langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Irma Blohm als eine Frau, die Menschen mit spontaner Herzlichkeit gewann.

Ihre Sprache war klar und direkt. Eigenständigkeit und Selbstbewußtsein habe sie, die mit zwei kleinen Kindern früh verwitwete, ohne viel Aufhebens gelebt. Ihr praktisches und offenes Naturell wurde allgemein geschätzt.

Die Frauen-Union trauert um eine couragierte Frau, die sich für unser Land verdient gemacht hat. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit Irma Blohm verlieren die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages und die Christlich Demokratische Union Deutschlands eine ehemalige Kollegin und Mitstreiterin, die schon früh eindrucksvoll Zeichen für die politische Mitarbeit der Frauen in unserem Land gesetzt hat. Ihre von hohem Verantwortungsbewußtsein geprägte soziale Arbeit bleibt unvergessen. Sie hat sich auf ihrem Platz um Hamburg, ja um unser Vaterland verdient gemacht.

schüssen der CDU und nicht zuletzt in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren stellvertretende Vorsitzende sie von 1967 bis 1969 war, unermüdlich für die Sache der Frauen eingesetzt. Zu ihren Grundüberzeugungen gehörte es, daß Frauen ihren festen Platz auch in der Politik haben müssen.

**Ökologische und Soziale
Marktwirtschaft: ▶**

Grundlage einer freiheitlichen
Gesellschaftsordnung

*Broschüre zum 100. Geburtstag
von Ludwig Erhard*

Bestell-Nr.: 5244

Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 25,00 DM

CDU-Statut

Bestell-Nr.: 3363

Verpackungseinheit: 20 Expl.
Preis je 20 Expl.: 33,00 DM ▼

Stand: 1.12.1996

Statut

**Finanz- und
Beitragsordnung
Parteigerichtsordnung
Geschäftsordnung
Parteiengesetz**

CDU

Festschrift: 50 Jahre CDU ▶

Bestell-Nr.: 4103

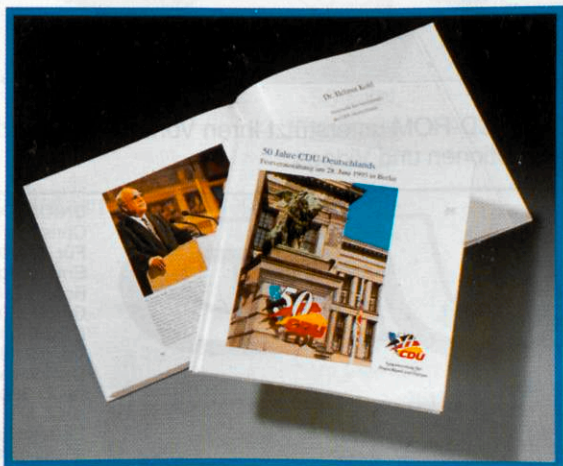
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 12,00 DM



Ökologische und Soziale Marktwirtschaft: Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung

-Zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard-

CDU



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

CD-ROM „EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft“



Systemvoraussetzungen:
486 Prozessor
16 MB Hauptspeicher
SVGA-Grafikkarte,
64K Farben (True Colour)
Windows 3.11

Bestell-Nr.: 9228

Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je CD-ROM: 15,00 DM

Alle Preis zzgl. MwSt. und
Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax 0 54 23/4 15 21

Diese CD-ROM unterstützt Ihren Vortrag zum Thema „EURO“ multimedial mit Bildern, Animationen und Videos.

UiD

5/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** waVereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.